



Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 110'854  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 25  
Fläche: 87'728 mm<sup>2</sup>

## Rhetorischer Tanz um die Schweizer Europapolitik

### Parlamentarier decken den Bundesrat wegen des Fehlens einer «Strategie» mit bissiger Kritik ein



Bundespräsident Johann Schneider-Ammann sieht sich von ungeduldigen Kritikern bedrängt.

MARCEL BIERI / KEYSTONE

HANSUELI SCHÖCHLI

Seit dem Volks-Ja vom Februar 2014 zur Einwanderungsinitiative ist es besonders leicht, den Bundesrat zu kritisieren. Eine problemlose Umsetzung der Initiative gibt es nicht, die Zielkonflikte und Unsicherheiten sind gross, der Zeitdruck des Initiativtexts (Umsetzung bis Februar 2017) macht die ohnehin schon schwierigen Gespräche mit der EU noch mühsamer, und der Bundesrat kann dem Parlament nicht alles zum Voraus sagen, ohne die Verhandlungsposition der Schweiz zu schwächen.

Mit dem britischen Volksentscheid vor knapp zwei Monaten zum EU-Austritt ist das Dossier für die Schweiz noch kniffliger geworden. EU-Konzessionen gegenüber Bern wurden noch unwahrscheinlicher, und die Schweiz rutschte in der Brüsseler Prioritätenliste noch weiter nach hinten. Im Inland finden derweil Parlamentarier neue Gründe, den Bundesrat mit Kritik einzudecken. Deutlich wurde das diese Woche an der Sitzung der Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrats. Vor allem

Bundespräsident und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann wurde laut Beteiligten mit zum Teil ziemlich bissigen Worten eingedeckt; die Kritiker waren namentlich Vertreter der SVP und CVP. Ein Hauptvorwurf lautete, dass der Bundesrat keine Strategie im Umgang mit den Folgen des britischen Volksentscheids habe.

### Schwierige Umsetzung



Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 110'854  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 25  
Fläche: 87'728 mm<sup>2</sup>

In vielen Lebenslagen ist allerdings der Vorwurf «Du hast keine Strategie» eher hochtrabend als hochstehend. Gefragt wäre eine bodennähere Konkretisierung. Rückfragen dazu bei Kritikern ergaben etwa folgende Forderung: Der Bundesrat solle bezüglich Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit den Briten vor allem in Sachen Freihandel, Forschung und Finanzplatz Analysen vorlegen und mit London zusammensitzen. Die SVP forderte am Mittwoch per Pressemitteilung die Aufnahme von Verhandlungen mit London über ein Freihandelsabkommen. Die WAK teilte mit, dass sie vom Bundesrat für die nächste Kommissionssitzung im Oktober eine systematische Analyse bezüglich künftiges Verhältnis zur EU und zu Grossbritannien verlangt habe.

Das klingt zunächst nicht schlecht, ist allerdings einfacher verlangt als umgesetzt. Denn viel hängt von den Partnern ab, und diese müssen zuerst selber wissen, was sie eigentlich wollen – und was sie von Brüssel bekommen können. Bern wie London haben immerhin ein Interesse, sich auf dem «freien Markt» (ausserhalb der EU) nach Partnern umzusehen. Beide werden dabei allerdings die EU nicht vor den Kopf stossen wollen. Die Bundesverwaltung betont, dass erste Gespräche mit London seit der britischen Volksabstimmung schon stattgefunden hätten und weitere bald folgen würden. Auch ein Strategiepapier liege vor, und eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe «Brexit» mit Vertretern aller Departemente habe man schon vor

dem britischen Volksentscheid ins Leben gerufen. Das Wirtschaftsdepartement betont, dass im Verhältnis zu Grossbritannien nebst Freihandel und Forschung noch diverse andere Themen, die bis heute in den Bilateralen Verträgen Schweiz - EU abgedeckt sind, neu zu regeln seien – vom Personenverkehr bis zur Sicherheit.

Doch vieles hängt davon ab, wie die Briten ihr Verhältnis zur EU regeln. London hätte wohl am liebsten die volle Teilnahme am Binnenmarkt à la Europäischer Wirtschaftsraum ohne die Personenfreizügigkeit. Das lüde aus Schweizer Sicht zu einem Andocken ein. Doch die EU wird London dessen Maximalwunsch kaum gewähren (sonst träten vielleicht bald weitere Länder aus der EU aus). Wie gross für die Briten die Abstriche von der vollen Binnenmarktteilnahme als Preis für Abstriche von der Personenfreizügigkeit sein werden, ist eine Kernfrage. Die Antwort beeinflusst auch das künftige Verhältnis Bern - London.

## Unklares Endspiel

Eine ähnliche Gretchenfrage stellt sich auch für die künftige Schweizer Beziehung zur EU. Auch ein umfassendes Freihandelsabkommen sei wirtschaftlich nicht gleichwertig mit den bestehenden bilateralen Verträgen, hatte der Bundesrat 2015 in einem Bericht ans Parlament betont. Wie die Schweiz die Einwanderungsinitiative umsetzen wird, ist immer noch offen. Das gilt damit

auch für das Schicksal der bilateralen Vertragspakete. Eine getreuliche Umsetzung der Initiative ist derzeit eher unwahrscheinlich. SVP-Stimmen haben schon angedeutet, dass die Partei unter Umständen auch bei abgeschwächter Umsetzung auf ein Referendum verzichte; die SVP könnte das Thema mit der angekündigten Initiative zur Kündigung der «Bilateralen» beschwingt weiter bewirtschaften, selbst wenn das Volk die Initiative am Ende ablehnt.

Doch auch eine abgeschwächte Umsetzung der Einwanderungsinitiative dürfte formell gegen das Abkommen mit der EU zur Personenfreizügigkeit verstossen, sobald irgendwelche der diskutierten «Schutzklauseln» vorgesehen wären. Ein solches Szenario liefe auf das Prinzip «Durchwursteln» hinaus: bewusster Bruch der Verfassung und einer völkerrechtlichen Verpflichtung, in der Hoffnung, dass die EU die Sache zumindest vorläufig toleriert, allenfalls bis sie ihr Verhältnis zu den Briten geklärt hat.

Daneben gibt es aber auch noch die juristisch saubere Schiene der «Rasa»-Initiative, welche die Regeln der Einwanderungsinitiative wieder aus der Verfassung nehmen will. Chancenreicher an der Urne wäre ein Gegenvorschlag, welcher den Wunsch nach Steuerung der Einwanderung unter den Vorbehalt völkerrechtlicher Verpflichtungen stellt. Das Volk hätte dann zu entscheiden, was wichtiger ist: die Rettung der Verträge mit der EU oder eine harte Steuerung der Einwanderung.



Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 110'854  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 25  
Fläche: 87'728 mm<sup>2</sup>

## Absturzgefahr für den Bundesrat

hus. · An einer ihrer nächsten Sitzungen wird sich die Wirtschaftskommission des Nationalrats voraussichtlich über die umstrittene Revisionsvorlage zur Steueramtshilfe beugen. Laut der Vorlage würde die Schweiz unter gewissen Umständen dem Ausland auch dann Finanzinformationen über ausländische Steuerpflichtige mit Bankvermögen in der Schweiz liefern, wenn die entsprechende Anfrage des Partnerstaats auf gestohlenen Daten beruht. Bedingung wäre, dass der anfragende Staat die gestohlenen Daten nicht direkt vom Dieb erhalten hat. In der Vernehmlassung war die Vorlage schlecht weggekommen, doch der Bundesrat hielt daran fest, um für das Länderexamen des Globalen Forums (der Kontrolleurin bezüglich Einhaltung der Globalstandards) zur Schweizer Steueramtshilfe ein positives Signal zu senden.

Der im Juli publizierte Examenbericht kritisierte die Schweiz für ihre restriktive Praxis in Fällen von gestohlenen Daten, doch insgesamt erhielt Bern noch eine genügende Gesamtnote (NZZ 27. 7. 16).

Das nächste Examen wird 2018/19 fällig. Das Finanzdepartement und der Steuerchef der OECD warnten davor, dass ein Absturz der Revisionsvorlage im Parlament internationalen Goodwill kosten könnte. Doch der Absturz der Vorlage ist derzeit wahrscheinlich, da in den grossen bürgerlichen Parteien nach wie vor Skepsis vorzuherrschen scheint. «Wir lehnen die Vorlage weiterhin ab», sagt der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi: «Die Vorlage würde Bankmitarbeitern Anreize geben, das Gesetz zu brechen.» FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger (Basel-Landschaft) sieht sich durch das Schweizer Bestehen des jüngsten Länderexamens in ihrer Ablehnung der Revisionsvorlage eher noch bestärkt. Viel vorausseilender Gehorsam sei hier nicht geboten. Der Luzerner CVP-Nationalrat Leo Müller erklärt, dass er sich mit den Folgerungen aus dem Länderexamen noch nicht detailliert auseinandergesetzt habe. Im Grundsatz äussert aber auch er sich weiterhin skeptisch zur Vorlage: «Mit gestohlenen Daten soll man nicht hausieren können.»